

Pressemeldung

Gemeinde Rott wehrt sich

Landkreis Rosenheim plant große Sammelunterkunft für Flüchtlinge

Landrat Otto Lederer hat Bürgermeister Daniel Wendrock am Montag, den 09. Oktober 2023 darüber informiert, dass eine Flüchtlingsammelunterkunft für die Erstaufnahme des ganzen Landkreises Rosenheim in Rott a. Inn geschaffen werden soll. In einem Industriebau im Gewerbegebiet sollen demnach circa 250 bis 300 Personen untergebracht werden.

Im Einzelnen sollen diese Menschen laut Landratsamt jeweils eine kurze Verweildauer von etwa zwei Monaten haben, bevor sie an weitere Unterkünfte verteilt werden. Die frei werdenden Plätze würden dann durch neue Personen belegt, so dass die Unterkunft auf absehbare Zeit in der Gemeinde bleiben wird. Im Gegenzug würden die Sammelunterkünfte in den Turnhallen der Gemeinden Raubling und Bruckmühl aufgelöst. Mit dem Grundstückseigentümer sei ohne vorherige Rücksprache mit der Gemeinde bereits ein entsprechender Mietvertrag abgeschlossen worden. Eine Zusicherung über die finale Anzahl und Verweildauer der Personen wollte der Landrat nicht abgeben

Die Gemeinde Rott a. Inn hält dies für eine grundlegende Fehlentscheidung und kündigt massiven Widerstand an. Bürgermeister Daniel Wendrock erläutert die Gründe: „Wir – und hier spreche ich im Namen des ganzen Gemeinderates – halten es für grundlegend falsch dass Aufnahmeeinrichtungen in zwei Gemeinden die zusammen über 30.000 Einwohner haben zu Lasten einer Gemeinde mit etwas mehr als 4.000 Einwohnern aufgelöst werden. Damit wächst unsere Bevölkerung quasi über Nacht um ca. 8 %“. Dies überschreite die Aufnahmefähigkeit des Ortes bei weitem. Auch wenn die Menschen geplanterweise nur eine kurze Verweildauer haben sollen, dann werden auch sie ein Mindestmaß an Integration, an ärztlicher Infrastruktur, an Bedürfnissen der Freizeitgestaltung haben. Dies könne der Ort beim besten Willen nicht leisten. Erschwerend komme hinzu, dass der Standort fern abgelegen aller Infrastruktureinrichtungen wie Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten liege. Ab einer Verweildauer von drei Monaten hätten die Menschen darüber hinaus einen Rechtsanspruch auf Kindergarten- und Schulbetreuung und das bei bereits ausgelasteten Kapazitäten in der Gemeinde.

„Unser Ort hat sich in der Vergangenheit als offene, fremdenfreundliche Gemeinde bewiesen, die schon weit über hundert hier dauerhaft lebende Flüchtlinge erfolgreich integriert hat. Mit dem Unterschied, dass diese dezentral auf einzelne Unterkünfte untergebracht gewesen seien und auch der Zahl nach noch überschaubar waren. Nun ist die Grenze der Integrationsfähigkeit eindeutig überschritten. Das machen wir so nicht mit“, so das Gemeindeoberhaupt weiter. Insbesondere die Unterbringung in einer Sammelunterkunft, bei der Hunderte von Menschen in einer Industriehalle auf engem Raum in einem Gewerbegebiet leben müssten sei menschenunwürdig, wie nicht zuletzt auch das Deutsche Institut für Menschenrechte zu Gemeinschaftsunterkünften allgemein bereits festgestellt habe. Hier, so Wendrock, seien aufgrund der beengten Verhältnisse Konflikte vorprogrammiert die tendenziell auch in den Ort hineingetragen werden könnten.

Die Maßnahme sei auch infrastrukturell gar nicht realisierbar. Dem Landratsamt und dem Wasserwirtschaftsamt ist bekannt, dass die Rotter Kläranlage altersbedingt an ihrer Kapazitätsgrenze ist und deshalb derzeit neu geplant werde. Da können bereits technisch nicht ohne weiteres auf einen Schlag 300 neue Nutzer angeschlossen werden.

„Hätte man vorher mit uns gesprochen und uns nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt hätte ich auf diesen Umstand auch gerne nochmal verwiesen“, so Daniel Wendrock. Wendrock stellt auch die baurechtliche Zulässigkeit des Vorhabens in Frage. In jedem Fall handele es sich um eine städtebauliche Fehlentwicklung wenn man in einem Gewerbegebiet mit Schwerlastverkehr und Immissionen, ohne vorhandene Außenanlagen und Wohninfrastruktur eine Wohneinrichtung für mehrere hundert Personen schafft.

Wendrock kündigt massiven Widerstand gegen das Projekt an, in Gesprächen mit dem Landratsamt, medial und juristisch. Bereits am heutigen Mittwoch finde hierzu ein Beratungstermin mit einer Fachanwaltskanzlei statt. Dazu sei er vom Gemeinderat beauftragt und ermächtigt.

Schließlich kritisiert der Bürgermeister auch die Art der Kommunikation seitens des Landratsamtes: „Ich werde ohne vorherige Rücksprache vor vollendete Tatsachen gestellt. Und das am Montag nach der Landtagswahl. Auch wenn letzteres nun mit Urlaubsabwesenheit des Landrates erklärt wurde, möchte ich den Zeitpunkt und das Datum an dem wir informiert wurden einfach einmal für sich selber sprechen lassen“, zeigt sich Wendrock verärgert und verspricht dem Landratsamt an dieser Stelle einen politisch „heißen Herbst“.

Gemeinde Rott a. Inn

c/o Verwaltungsgemeinschaft Rott a. Inn

Kaiserhof 3

83543 Rott a. Inn

<https://www.rottinn.de>

Pressekontakt:

Ansprechpartner: Daniel Wendrock

Telefonnummer: 08039/9068-0

Emailadresse: daniel.wendrock@rottinn.de